

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden, Neumarktstr. 10
Verleger: Carl Neubauer
Druck: Carl Neubauer

Abonnementpreise: Vierteljährlich 3,00 Mk., halbjährlich 5,50 Mk., jährlich 10,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Anzeigenpreise: Die erste Zeile 20 Pf., die zweite 15 Pf., die dritte 10 Pf., die vierte 8 Pf., die fünfte 6 Pf., die sechste 5 Pf., die siebte 4 Pf., die achte 3 Pf., die neunte 2 Pf., die zehnte 1 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Anzeigenpreise für den Auslandverkehr sind entsprechend höher. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich.

Druck u. Verlag: Carl Neubauer
Dresden, Neumarktstr. 10
Telefon: 10011

Die polnischen Handstreichpläne auf Danzig

Die Beurteilung in Berlin

Berlin, 2. Mai. Die Nachrichten von dem geplanten polnischen Handstreich auf Danzig werden, abgesehen von einigen Unklarheiten, in der gesamten Berliner Presse stark beachtet. Besonders interessant sind die Kommentare, die in den Rechtsblättern an diese Nachrichten geknüpft werden. So weist die „Deutsche Tageszeitung“ darauf hin, daß die kleinen polnischen Garnisonen im Korridor, die vorübergehend geräumt waren, vor kurzem erneut mit Truppen besetzt wurden. Die Gefahr für Danzig sei noch keineswegs überwunden.

Nach zu dieser Stunde sei Danzig noch immer durch polnische Truppenteile eingekreist.

Man müsse sogar an ein ganz planmäßiges Zusammenwirken zwischen Paris und Warschau glauben, denn es sei ganz unwahrscheinlich, daß selbst polnische Freischärler, ohne den französischen Einverständnis sicher zu sein, einen Handstreich auf Danzig wagen würden. Man gehe dabei offensichtlich von der Meinung aus, durch einen militärischen Einmarsch in Danzig die deutsche Revisionspolitik für Jahre hinaus lahmzulegen und Deutschland wieder völlig in die Verteidigung drängen zu können. Das Blatt betont in diesem Zusammenhang, daß zweifellos die Litauern gegenüber bewiesene deutsche Schwäche in Warschau als Anreiz wirkte. Die Lage, schreibt das Blatt weiter, ist und bleibt also für Deutschland und Danzig äußerst bedrohlich, und man muß sich wundern, daß von den maßgebenden deutschen Stellen nicht schon längst Alarm geschlagen worden ist.

Man scheint im Gegenteil in der Wilhelmstraße die Dinge noch viel zu harmlos anzusehen.

Es gibt nur eine Erwägung, die sowohl Polen wie Frankreich davon abhalten könnte, ihre Handpläne in die Wirklichkeit umzusetzen, nämlich die sichere Erkenntnis, daß ganz Deutschland bei einem Ueberfall auf Danzig den Angriff als gemeinsame nationale Sache erkennen und aus eigener Kraft dann handeln würde. Nach allen Erfahrungen könnte nur eigenes sofortiges Handeln, nicht aber etwa nur ein Appell an den Völkerbund in Frage kommen.

Die unbedingte Entschlossenheit hierzu allein kann Danzig retten und hoffentlich auch den Frieden sichern.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung sich es auf das ernste Überlegen müsse, ob sie angesichts der ständigen polnischen Provokationen in der Lage sein könne, durch ihren Vertreter in Genf im Herbst d. J. den nicht-französischen Ratsmitgliedern Polens verlängern zu lassen.

Der „Berliner Volksanzeiger“ hebt hervor, daß der Danziger Senat so gut wie gar keine Bewegungsfreiheit habe und daß man gar nicht bemerken könne, daß an der ganzen ostpreussischen Ostsee anemwärts völlig anormale Zustände herrschen. Nach der „Deutschen Zeitung“ dürfte die neueste Aufnahme der Dinge in Danzig im übrigen in erster Reihe auf das Treiben der polnischen Sozialverbände zurückzuführen sein. Anlässlich des bevorstehenden polnischen Nationalfestes am 8. Mai, habe das Auftreten der polnischen Verbände auf Danziger Boden und an den Danziger Grenzen wieder einen besonders bedrohlichen Charakter angenommen. Es wäre dringend zu wünschen, daß man an den zuständigen Berliner Stellen dem Vorgehen in Danzig nicht so gelassen gegenüberstehe, wie man es gegenüber den Angehörigen des litauischen Putsch in Memel im Februar für richtig befand. Darüber könne schließlich kein Zweifel bestehen.

daß ein polnischer Gewaltstreich in Danzig sich nicht so ruhig abspielen würde, wie in dem völlig ohnmächtigen Memel.

sondern daß die Polen aus erbitterten und blutigen Widerstand hohen und unweigerlich den ganzen Osten in Flammen setzen würden.

Der linksgerichtete „Breslauer Kurier“ schreibt unter Bezugnahme auf die Dementis der polnischen Regierung: „Auch als abenteuerliche Putschisten, denen die Warschauer Regierung fernstand, einen Staatsstreich in Wilna unternahm, wußte die polnische Regierung ihre Hände in Unschuld.“ Das Vertrauen der Reichsregierung und erst recht des deutschen Volkes, ist durch die Antwort der polnischen Regierung keineswegs beseitigt.

Der deutsche Generalkonsul in Danzig, Freiherr von Therman, der einige Zeit in Süddeutschland weilte, hatte am Montag im Auswärtigen Amt eine Konsferenz über die Lage in Danzig. Freiherr von Therman kehrte am Montagabend auf seinen Danziger Posten zurück.

Schwaches Dementi Graf Gravinäs

Genf, 2. Mai. Der Danziger Völkerbundskommissar Graf Gravinä hat dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch ein Dementi zu den Meldungen der englischen Presse über eine bevorstehende militärische Besetzung Danzigs übermittelt, dessen Wortlaut vom Völkerbundsekretariat folgendermaßen wiedergegeben wird: „Das Sekretariat des Völkerbundskommissars in Danzig dementiert in der formellsten Weise die Veröffentlichungen der Presse über die Person und die Tätigkeit des Danziger hohen Kommissars.“

Das Dementi des Danziger Völkerbundskommissars Graf Gravinä besagt sich somit lediglich auf die von der englischen Presse gemachten Mitteilungen, nach denen der Danziger Völkerbundskommissar sich wegen einer bevorstehenden militärischen Besetzung Danzigs durch Polen bereits an den Generalsekretär des Völkerbundes gewandt habe. Von zuständiger Stelle des Völkerbundsekretariats wird ferner mitgeteilt, daß die von der englischen Presse erwähnte fernmündliche Unterredung zwischen Gravinä und dem Generalsekretär des Völkerbundes nicht stattgefunden habe.

Polnische Hege gegen Gravinä

Warschau, 2. Mai. Der regierungstreue „Kurjer Gaerwony“ sagt zu der Meldung des „Daily Express“, daß Gravinä diese „Sensation“ selbst fabriziert habe und dafür die volle Verantwortung tragen müsse. Das Blatt fährt dann unter anderem fort: „Es ist undenkbar, daß der Völkerbund und Polen einen Menschen auf so hohem Posten duldet, der ein kindliches Wahlarargument der Nationalsozialisten von der polnischen Gefahr mit der Würde seiner Stellung autorisiert und in das schmutzige Spiel seiner Person und seiner Regierung (1) das Gewicht des Völkerbundes hineinschleift. Für Polen hat Gravinä als Völkerbundskommissar zu bestehen aufgehört. Es bleibt nur Gravinä als deutscher Agent übrig.“

Nach Mitteilung der Londoner polnischen Botschaft hat der polnische Botschafter heute im Foreign Office vorgelesen, um die Aufmerksamkeit auf die „völlig unwahren Berichte dreier Londoner Zeitungen“ über angebliche aggressive Absichten Polens auf Danzig zu lenken.

Moskau warnt die Polen

Moskau, 2. Mai. Die Meldung englischer Blätter über eine beabsichtigte Besetzung Danzigs durch die Polen hat in Moskau großes Aufsehen erregt. In politischen Kreisen wird erklärt, die polnische Regierung würde, wenn sie einen solchen Schritt unternähme, die Lage in Osteuropa erheblich verschärfen. Die russische Außenpolitik lege Wert auf das Bestehen Danzigs als Freistadt. Das Danziger Problem sei völlig anders als die Wilna-Frage. Ein polnischer Streich gegen Danzig könne in Osteuropa un-absehbare Folgen hervorrufen.

ments viel bedeutender sei, als der Baie sich vorstellen könne, denn zum erstenmal sei es gelungen, auf die geschilderte Weise mehr Energie zu gewinnen, als man aufgewandt habe.

Dr. Cockroft selbst erklärte, daß er und sein Mitarbeiter bei ihren Versuchen zur Atomzertrümmerung auf elektrischem Wege ohne Zuhilfenahme radioaktiver Mittel Spannungen zwischen 100 000 und 500 000 Volt anwenden wollten. Bei 120 000 Volt seien von den Atomen verschiedener Elemente — so des Lithiums — Heliumkerne abgespalten worden, und zwar

unter Entwicklung von Energiemengen, die 100- bis 110 mal so groß waren, wie die zur Spaltung aufgewendeten Energien.

Allerdings trete dieser Energiegewinn nur in einem Falle von 10 Millionen möglichen Fällen ein. Man habe dieses Ergebnis erst in den letzten 14 Tagen erzielt, wisse aber nun, daß man sich auf dem richtigen Wege befinde. Insbesondere bleibe zu prüfen, wie die Versuche bei Anwendung noch höherer elektrischer Spannungen verlaufen würden.

Die Bedingungen

Die preussische Zentrumspartei hat in ihren Beratungen über die Auswertung des Wahlergebnisses nunmehr Beschlüsse gefaßt, die trotz ihrer politischen Undurchsichtigkeit den Weg zu Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten freimachen. Deren Verlauf und Ausgang hängt davon ab, ob wirklich Ernst hinter dieser Verhandlungsbereitschaft steht oder ob sie nur als parteipolitische Finte gedacht ist, um nach dem erwünschten Scheitern der Besprechungen dem anderen Teil die Schuld aufzubladen zu können. Von der nationalsozialistischen Führung darf man ohne weiteres annehmen, daß sie mit dem Willen zum Erfolg, wenn auch nicht bedingungslos, mit dem Preussenzentrum ins Geschäft kommen will. Sie weiß, daß die acht Millionen Wähler, die ihr in Preußen das Vertrauen ausgesprochen haben, nun auch einen Wandel in der Regierung sehen wollen, und setzt sich bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Nicht so klar sind die Absichten des Zentrums und die seiner bisherigen roten Koalitionsgenossen, auf die das Zentrum im Hinblick auf Brüning und die Reichspolitik noch Rücksicht nehmen muß. Die Führer der Sozialdemokraten schwanken zwischen der Sehnsucht nach Erlösung in der Opposition und dem Schrecken, den die Aussicht auf den Verlust unzahliger Beamtenposten ihrer maßgebenden Bonzokratie einflößt. Und das Zentrum schwankt nicht weniger zwischen der Verlockung, die Stöckfrakt der verhassten Dillerbewegung unter für sie ungünstigen Umständen in der Regierungsverantwortung aufzufangen, und der Angst vor den Wirkungen, die ein solches Experiment in Preußen für die Zentrumslitatur im Reich haben könnte. Dieses Din und Her der Erwägungen ist alles, was bisher mit Sicherheit zu erkennen ist. Alle weitergehenden Gerüchte sind zweckbestimmte Kombinationen.

Immerhin hat sich im Verlaufe der ersten Woche nach dem Wahltage, in der die Parteien ihrer Presse die Klärung des Verhandlungsgebietes überließen, ein bemerkenswerter Wandel in den Auffassungen der Linken vollzogen. Zunächst hatte man dort den Wahlausfall so ausgelegt, daß man sich nationalsozialistischer „Unbedeutenheit“ gegenüber immer noch auf eine Geschäftsführung unter Braun und Severing zurückziehen könne. Die demokratische Großpresse, die sich mit ihrer politischen Meinung nunmehr auf 1 1/2 Prozent der Wählerkraft berufen kann, war sogar geneigt, die Kommunisten zur Rettung des Weimarer Systems in Preußen aufzubieten, denen sie allerlei Zusicherungen machte, wenn sie sich verpflichteten, eine schwarz-rote Minderheitsregierung in Preußen nicht zu beschließen. Aber weder das Zentrum noch die SPD waren für ein so schmieriges Geschäft zu haben. Daraufhin scheint der Wind umzuwehen zu sein; denn aus derselben demokratischen Presse hört man jetzt auf einmal der Ruf: Laßt Dillert mitregieren! Solche plötzliche Sinnesänderung läßt Irrrat wittern. Man fragt sich: Welche neuen Einsichten in die Lage und welche Absichten für die Zukunft haben zu dieser scheinbaren Schwertung Veranlassung gegeben?

Der erste Anstoß ging von einer vielbeachteten Belehrung der liberalen „Rdn. Stg.“ aus, die dem Zentrum nachwies, daß seine gerühmte „Schicksalserhellung“ gar nicht so unangreifbar und unerschütterlich ist, wie es sahensmäßig scheint. Denn, so wurde argumentiert, was würde die Folge sein, wenn das Zentrum in Preußen einer Rechtsregierung seine Mithilfe verweigerte? Da weder für links noch für rechts eine Mehrheit besteht, würde nach einem kurzen Kampferntermezzo mit wechselseitigem Regierungsstürzen wohl ein Antrag auf Auflösung von Reuwarth durchkommen. Es ist zweifelhaft, ob die Nationalsozialisten dann, vielleicht im Sommer oder Herbst, die absolute Mehrheit erzielen können. Weniger zweifelhaft ist jedoch, daß dann die Mehrheit für eine Rechtsregierung, an der jetzt nur neun Mandate fehlen, von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und einer gemäßigten Rechten erreicht wird. Was jetzt nicht möglich ist — nämlich eine Rechtsregierung ohne Zentrumshilfe — könnte ein halbes Jahr später immerhin möglich werden, namentlich, wenn vom Zentrum und einer Geschäftsführung der Linken weitere Fehler gemacht würden. Eine Rechtsregierung in Preußen ohne Mitwirkung des Zentrums würde der Reichsregierung aber gefährlicher werden als eine Rechtsregierung in Preußen unter Einschluß des Zentrums. Brüning's Stellung würde von Preußen her sehr bald erschüttert werden, und Reuwarth's des Reichstages wären unvermeidlich. Dann käme Brüning's Regierungssystem in hoffnungslose Minderheit, und die Machtübergabe der Rechten, vielleicht unter Ausschluß des Zentrums, wäre nirgends mehr aufzuhalten. Diese Überlegungen haben Eindruck gemacht und einen Plan reifen lassen, bei dessen Ausführung die nationalsozialistische Bewegung in der preussischen Regierung durch Jermarung unerschütterlich gemacht werden soll.

Man setzt also eine gönnerhafte Miene auf und läßt die Rechten freundlich ein, zuerst einmal in Preußen eine Probe ihres Könnens abzulegen. Natürlich nicht so ohne

Die Atomzertrümmerung gelungen?

London, 2. Mai. Ein wissenschaftlicher Versuch von ungewöhnlich großer, in seinen Folgen vorläufig noch nicht abzuschender Tragweite ist in dem unter Leitung des weltbekannten Prof. Lord Rutherford stehenden Cavendish-Laboratorium in Cambridge zwei jungen Forschern namens Dr. J. D. Cockroft, erst 34 Jahre alt, und Dr. E. T. Walton, noch nicht 30 Jahre alt, auf dem Gebiete der Atomzertrümmerung gelungen.

Lord Rutherford,

eine der größten Autoritäten auf diesem Gebiete, erklärt zu der Arbeitsmethode, daß man durch eine hoch-energierte Röhre Millionen von Partikeln in der Sekunde mit einer Geschwindigkeit von 10 000 Kilometer in der Sekunde geschickt habe. Hierbei sei die Atomzertrümmerung gelungen. Das Ergebnis des Versuches sei außerordentlich wertvoll für die weitere Behandlung des ganzen Problems.

Sir Leonard Hill, ein anderer hervorragender Wissenschaftler, hebt hervor, daß das Ergebnis des Experi-